



Gemeinde Eschelbronn

Vergabe von Planungsleistungen der Tragwerksplanung für den Neubau der Kultur- und Sporthalle Eschelbronn

im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

TEILNAHMEFORMULAR

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 2 von 30 Seiten

Teil A: Allgemeine Angaben des Bewerbers

Teilnahme am Vergabeverfahren

- ☐ als Einzelbewerber
- ☐ als Bewerbergemeinschaft

Einzelbewerber

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 3 von 30 Seiten

Die Seiten 3 bis 7 sind nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen:

Teilnehmer der Bewerbergemeinschaft

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 1

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 4 von 30 Seiten

Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft 2

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 5 von 30 Seiten

Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft 3

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

Gemeinde Eschelbronn

Vergabe von Planungsleistungen der Tragwerksplanung für den
Neubau der Kultur- und Sporthalle Eschelbronn

**Anlage 1 – Teilnahmeformular**

Seite 6 von 30 Seiten

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft:

Vergabe von Planungsleistungen der Tragwerksplanung für den
Neubau der Kultur- und Sporthalle Eschelbronn



Seite 7 von 30 Seiten

Bevollmächtigter Vertreter der Bewerbergemeinschaft:
<i>[bitte Name / Firma des bevollmächtigten Vertreters eintragen]</i>

Unterschriften:

Ort, Datum

Name des Erklärenden

Ort, Datum

Name des Erklärenden

Ort, Datum

Name des Erklärenden

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 8 von 30 Seiten

Eignungsleihe

Diese Seite ist nur im Falle einer Eignungsleihe auszufüllen:

Angabe, zu Unternehmen auf das/die sich ein Bewerber / eine Bewerbergemeinschaft zum Nachweis seiner Eignung stützt („Eignungsleihe“, § 47 VgV).

Im Rahmen der Eignungsleihe ein- gebundene(s) Unternehmen	Eignungskriterien, zu deren Nachweis das Un- ternehmen eingebunden wird

Eine Erklärung des / der im Rahmen der Eignungsleihe eingebundenen Unternehmen(s), dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, ist / sind dem Teilnahmeformular beizufügen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen zum Nachweis der Eignung ebenfalls einzelne Eignungsnachweise einreichen, vgl. hierzu Seite 13.

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 9 von 30 Seiten

Unterauftragnehmer

Ich / wir beabsichtige/n,

- ☐ sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.
- ☐ die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

[Hinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen]

Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit	Name / Anschrift (falls bereits bekannt)

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 10 von 30 Seiten

Weitere Angaben zum Bewerber

Im Zuge der Einführung neuer Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (sog. eForms) sind öffentliche Auftraggeber seit dem 25. Oktober 2023 verpflichtet, in Vergabebekanntmachungen (bisher Bekanntmachung über vergebene Aufträge) die unten aufgeführten Angaben zu den Auftragnehmern zu veröffentlichen.

Vor diesem Hintergrund sind für jeden Bewerber und bei Bewerbergemeinschaften für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft die folgenden Angaben zu machen und mit dem Angebot einzureichen.

Nationale Identifikationsnummer

Für **Unternehmen bzw. andere Wirtschaftsteilnehmende** ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschafts-Identifikationsnummer einzutragen. Da diese noch nicht eingeführt wurde, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer eindeutig identifizierbar zu benennen, vorzugsweise die jeweilige Umsatzsteuer-ID (z. B. DE123456789) oder ein Registereintrag, in Deutschland vorzugsweise aus dem jeweiligen Handelsregister (z. B. HRA 12345). Nur bei **natürlichen Personen** kann zum Schutz personenbezogener Daten „keine Angabe“ eingetragen werden.

Angabe der Nationalen Identifikationsnummer:

Nummer: _____

Art: _____

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 11 von 30 Seiten

Größe des Wirtschaftsteilnehmers

Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:

- **Kleinstunternehmen:** bis 9 Beschäftigte und bis EUR 2 Millionen Umsatz
- **Kleines Unternehmen:** bis 49 Beschäftigte und bis EUR 10 Millionen Umsatz und kein Kleinstunternehmen
- **Mittleres Unternehmen:** bis 249 Beschäftigte und bis EUR 50 Millionen Umsatz und kein kleines Unternehmen
- **Großunternehmen:** über 249 Beschäftigte oder über EUR 50 Millionen Umsatz

Angabe der Größe des Wirtschaftsteilnehmers:

- ☐ Kleinstunternehmen
- ☐ Kleines Unternehmen
- ☐ Mittleres Unternehmen
- ☐ Großunternehmen

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 12 von 30 Seiten

Nationalität des Eigentümers

Die Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des beauftragten Unternehmens ist verpflichtend, wenn das beauftragte Unternehmen nicht börsennotiert ist.

Die Staatsangehörigkeit (bzw. Staatsangehörigkeiten) des(der) wirtschaftlichen Eigentümer(s) des Gewinners, laut Eintrag in dem(dem) gemäß den Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche eingerichteten Register(n). Wenn kein entsprechendes Register vorhanden ist (z. B. Nicht-EU-Auftragnehmern), Informationen aus anderen Quellen.

Angaben zur Nationalität des Eigentümers

Das Unternehmen ist börsennotiert: ☐ ja ☐ nein

Falls das Unternehmen nicht börsennotiert ist, Angabe der Staatsangehörigkeit(en):

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 13 von 30 Seiten

Teil B: Eignungsnachweise

Hinweis: Im Falle einer Teilnahme als Bewerbergemeinschaft sind die Formblätter, Teil B zu kopieren und von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen. Dies gilt auch, sofern sich ein Bewerber der Eignungslleihe bedient.

Soweit der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (sog. „Eignungslleihe“), muss mit Angebotsabgabe nachgewiesen werden, dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens vorlegt.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der EU-weiten Bekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB vorzulegen.

Name des Unternehmens, für das die nachfolgenden Erklärungen (Teil B) abgegeben werden:

Ort, Datum

Name des Erklärenden

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 14 von 30 Seiten

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

Hinweis: Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre / wir erklären, dass keine Person, die dem Unternehmen (Bewerber) zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist und gegen das von mir/uns vertretene Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 15 von 30 Seiten

10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich / erklären wir, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 16 von 30 Seiten

Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

Hinweis: Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

Ich erkläre / Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 17 von 30 Seiten

- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen
 1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 18 von 30 Seiten

Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLOG)

Hinweis: Falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann, bitte Erläuterung hierzu und ggf. erläutern, weshalb die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.

Ich erkläre / wir erklären,

dass ich / wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden bin / sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[nur bei Bedarf auszufüllen]

Eigenerklärung nach Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich / wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
- b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
- c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 20 von 30 Seiten

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

(nur bei Bedarf auszufüllen)

Gemeinde Eschelbronn

Vergabe von Planungsleistungen der Tragwerksplanung für den
Neubau der Kultur- und Sporthalle Eschelbronn



Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 21 von 30 Seiten

Eigenerklärung über den Jahresumsatz in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich des Jahresumsatzes mit vergleichbaren Leistungen (Tragwerksplanung)

Umsatz [in EUR netto] / Geschäftsjahr	2023	2024	2025*
Gesamtumsatz			
Umsatz mit vergleichbaren Leistungen (Tragwerkspla- nung)			

* Umsatz für 2025 ggf. geschätzt

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 22 von 30 Seiten

Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 5 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie Vermögensschäden oder Eigenerklärung, im Auftragsfalle einen entsprechenden Versicherungsvertrag zu schließen.

Ich / Wir erklären, dass eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 5 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie Vermögensschäden besteht bzw. dass wir eine solche Versicherung im Auftragsfalle abschließen werden.

Hinweise der Vergabestelle:

Die geforderte Eigenerklärung zur Berufshaftpflichtversicherung ist von Bewerbungsgemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Mit dem Teilnahmeantrag ist neben dieser Eigenerklärung noch keine Erklärung einer Versicherungsgesellschaft vorzulegen.

Gemeinde Eschelbronn

Vergabe von Planungsleistungen der Tragwerksplanung für den
Neubau der Kultur- und Sporthalle Eschelbronn



Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 23 von 30 Seiten

Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens, die Zahl der Führungspersonen und Ingenieure in den letzten drei Jahren ersichtlich sind (2023, 2024, 2025).

	2023	2024	2025
Mitarbeiterzahl gesamt			
davon Geschäftsführer / Partner			
davon Ingenieure			

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 24 von 30 Seiten

Teil C: Referenzen

Folgende Mindestreferenzen sind nachzuweisen:

- Vorlage von zwei Referenzen über die Erbringung von **Fachplanungsleistungen der Tragwerksplanung** nach § 51 HOAI i. V.m. Anlage 14.1 für den **Neubau** eines öffentlichen Hochbaus mit mindestens durchschnittlichen Planungsanforderungen und mit anrechenbaren Herstellkosten (Kostengruppen 300 und 400) von **mindestens 3 Mio. EUR brutto**. Die Referenzprojekte müssen die **Leistungsphasen 2 bis 6** nach HOAI umfassen. Der **Abschluss von LPH 6** muss jeweils in den **letzten sechs Jahren (frühestens 1. Januar 2020)** und bis zum Ablauf der Teilnahmefrist erfolgt sein.

Mindestens eine der beiden Referenzen muss eine vergleichbare **öffentliche Halle (Mehrzweck-, Sport- oder Kulturhalle)** betreffen.

Hinweise:

- Die Vorlage dieser beiden Mindestreferenzen ist als Eignungsnachweis zwingend.
- Um eine objektive Prüfung der Referenzen zu gewährleisten, sind die Referenzen gemäß der nachstehenden Tabellen einzureichen.
- Die geforderten Mindestreferenzen sind von Bewerbungsgemeinschaften nur einmal vorzulegen.

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 25 von 30 Seiten

Die Erklärungen über Referenzleistungen müssen jeweils folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags,
- Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
- Angabe zu Neubau,
- Angaben zu Planungsanforderungen,
- Angabe zu öffentlichem Hochbau,
- Art der Nutzung,
- Beschreibung des Referenzprojekts
- Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI,
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Zeitpunkt Abschluss LPH 6,
- Anrechenbare Herstellkosten EUR brutto,
- Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild

Die Vorlage von mehr als **zwei Mindestreferenzen** ist nicht erwünscht.

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 26 von 30 Seiten

Anlage A.1

Referenz-Nr.:	A.1
Bezeichnung	
Auftraggeber (einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)	
Neubau?	☐ Ja ☐ Nein
Projekt mit mindestens durchschnittlichen Planungsanforderungen?	☐ Ja ☐ Nein
Öffentlicher Hochbau?	☐ Ja ☐ Nein
Art der Nutzung	☐ Mehrzweckhalle, Sporthalle oder Kultur- oder Veranstaltungshalle ☐ sonstige Halle: _____ (bitte eintragen) ☐ sonstige Nutzung: _____ (bitte eintragen)

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 27 von 30 Seiten

Beschreibung des Referenzprojekts (insbesondere auch Ausführungen zu: • Ausführungen zu Leistungsumfang, Projekt • ggf. besondere Planungsanforderungen sowie Planungsherausforderungen	
Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI (Leistungsphasen 2 bis 6 nach HOAI müssen mindestens erbracht worden sein)	
Zeitraum der Leistungserbringung (Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)	
Abschluss von LPH 6 ist nach dem 01.01.2020 <u>erfolgt</u> (Angabe von Monat/Jahr)	☐ Ja, Datum: ____/____/____ (Tag/Monat/Jahr) ☐ Nein
Anrechenbare Herstellkosten in EUR brutto (KG 300 bis 400 von mindestens EUR 3,0 Mio. brutto)	☐ Ja, Höhe: EUR _____brutto ☐ Nein
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild (fakultativ)	☐ Ist beigefügt ☐ Ist nicht beigefügt

* Nähere Einzelheiten zur Auswahl der Bewerber finden Sie unter Ziffer 4.2.3 des Bewerbermemorandums

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 28 von 30 Seiten

Anlage A.2

Referenz-Nr.:	A.2
Bezeichnung	
Auftraggeber (einschließlich Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer)	
Neubau?	☐ Ja ☐ Nein
Projekt mit mindestens durchschnittlichen Planungsanforderungen?	☐ Ja ☐ Nein
Öffentlicher Hochbau?	☐ Ja ☐ Nein
Art der Nutzung	☐ Mehrzweckhalle, Sporthalle oder Kultur- oder Veranstaltungshalle ☐ sonstige Halle: _____ (bitte eintragen) ☐ sonstige Nutzung: _____ (bitte eintragen)

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 29 von 30 Seiten

Beschreibung des Referenzprojekts (insbesondere auch Ausführungen zu: • Ausführungen zu Leistungsumfang, Projekt • ggf. besondere Planungsanforderungen sowie Planungsherausforderungen	
Erbrachte Leistungsphasen nach HOAI (Leistungsphasen 2 bis 6 nach HOAI müssen mindestens erbracht worden sein)	
Zeitraum der Leistungserbringung (Datum mit Angabe von Tag/Monat/Jahr)	
Abschluss von LPH 6 ist nach dem 01.01.2020 <u>erfolgt</u> (Angabe von Monat/Jahr)	☐ Ja, Datum: ____/____/____ (Tag/Monat/Jahr) ☐ Nein
Anrechenbare Herstellkosten in EUR brutto (KG 300 bis 400 von mindestens EUR 3,0 Mio. brutto)	☐ Ja, Höhe: EUR _____brutto ☐ Nein
Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild (fakultativ)	☐ Ist beigefügt ☐ Ist nicht beigefügt

* Nähere Einzelheiten zur Auswahl der Bewerber finden Sie unter Ziffer 4.2.3 des Bewerbermemorandums

Anlage 1 – Teilnahmeformular

Seite 30 von 30 Seiten

Teil D: Erklärung zum Teilnahmeantrag

Ich / Wir geben den Teilnahmeantrag im oben genannten Verfahren mit den vorstehenden Erklärungen nach Teil A bis C sowie mit den beigefügten Anlagen ab.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung und Angabe meinen / unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Einer Verkürzung der Frist für die Erstellung des Erstangebots unter Berücksichtigung von § 17 Abs. 7 VgV auf bis zu 14 Kalendertage stimmen wir zu.

Ort

Datum

Name(n) der Person(en), die die vorstehenden Erklärungen für das benannte Unternehmen rechtsverbindlich abgibt.